



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kreisverband Braunschweig

Bohlweg 55, 38100 Braunschweig Tel. 0531-16688

10.05.2011

Pressemitteilung des GEW Kreisverbandes Braunschweig zur geplanten PPP-Schulsanierung und der Privatisierung des Betriebs öffentlicher Bildungseinrichtungen

Die GEW fordert: alle Schulen, städtischen Kitas und Schulsporthallen müssen in der öffentlichen Verantwortung bleiben – die geplante Privatisierung wird abgelehnt

Der GEW Kreisverband Braunschweig begrüßt zwar, dass von der Stadtverwaltung am 02.05.2011 endlich eine konkrete Planung für die überfälligen Sanierungen von insgesamt neun Schulen, drei Kindertagesstätten und zwei Schulsporthallen vorgelegt wurde.

Der GEW Kreisverband Braunschweig, fordert jedoch die Sanierung dieser Einrichtungen in Eigenregie und lehnt die Durchführung als PPP-Modell ab.

Der geplante Privatbetrieb birgt für die Schulen folgende Probleme:

1. Die städtischen, den Lehrkräften und Schülern vertrauten, nach dem TVöD tarifierten Hausmeister und Reinigungskräfte arbeiten nicht mehr an diesen Schulen. Sie werden bereits ab dem 01.08.2011 abgezogen. Der „Globalplayer“ HOCHTIEF mit Hauptsitz in Spanien wird dann zu seinen Bedingungen einstellen. Dies wird sich auswirken auf die Qualifikation, Bezahlung, Aufgabenbeschreibung und Anwesenheitszeiten.
2. Da sich die Stadt auf 25 Jahre festlegt, können pädagogische Neuerungen, Schulstrukturveränderungen und demographische Entwicklungen in diesen Gebäuden kaum noch umgesetzt werden.
3. Die demokratische Einflussnahme durch Schulvorstand, Gesamtkonferenz und Schulausschuss entsprechend den pädagogischen Konzepten der betroffenen Schulen ist nicht mehr möglich. Wir gehen von einer Pädagogik aus, die im Schulraum und seiner Gestaltung den dritten Erzieher sieht. Die Durchsetzung pädagogischer Vorstellungen gegenüber dem „Globalplayer“ wird erheblich schlechter als jetzt gegenüber der Stadtverwaltung. Es werden nur Maßnahmen umgesetzt, die in Geheimverträgen (s. PPP-Beschleunigungsgesetz des Bundes) festgelegt wurden.

4. Der Landkreis Offenbach musste bei seinem PPP-Schulsanierungsprojekt aufgrund bestimmter Geheimvertragsklauseln bisher schon 60 Mio. € an Nachzahlungen tätigen. Unter anderem führten diese Erfahrungen dazu, dass selbst der niedersächsische Finanzminister Möllring eindringlich vor PPP-Projekten warnt (s. Wilhelmshavener Zeitung vom 13.08.2010). Ähnliche Vertragsgestaltungen sind für die Verträge in Braunschweig auch zu erwarten, denn in Offenbach hat auch der „Globalplayer“ HOCHTIEF den Zuschlag erhalten.

Der marode Zustand vieler Braunschweiger Schulen kommt nicht aus heiterem Himmel. Er wurde von Politikern vorsätzlich herbeigeführt. Heute wird darauf gesetzt, dass es den Betroffenen in den Schulen letztendlich egal ist, wer saniert. Hauptsache, es wird endlich begonnen.

Die schwerwiegende Entscheidung der PPP-Schulsanierung und des privaten Betriebs der sechzehn öffentlichen Bildungseinrichtungen wird die zukünftigen Mehrheiten im Rat dazu zwingen, dass zu richten, was Schwarz-Gelb jetzt noch versucht vor der Kommunalwahl anzurichten.

Brunhilde Eilers Anne Mehring Monika Rasche-Behling Jürgen Reuter